

G5 Kommerz im Gesundheitssystem stoppen: Kommunale Medizinische Versorgungszentren fördern

Antragsteller*in: KV Jena

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

Der Landesparteitag der SPD Thüringen beschließt:

1. Alle Kommunen in Thüringen sollen über die Möglichkeit der Gründung eines kommunalen MVZs informiert werden. Hilfestellungen zur Gründung eines kommunalen MVZs sollen bereitgestellt werden.
2. Die Gründung kommunaler MVZs soll finanziell gefördert werden.
3. In Thüringen sollen Transparenzvorgaben für MVZs eingeführt werden. Offengelegt werden müssen insbesondere Daten über Eigentumsstrukturen der MVZs und Daten über den Abfluss von Gewinnen.
4. Es soll ein systematisches Monitoring des Abrechnungsverhaltens von MVZs erfolgen, um Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und entgegenwirken zu können.

Begründung

Bei medizinischen Versorgungszentren (MVZ) werden Inhaberschaft und ärztliche Behandlungstätigkeit getrennt. Die Ärzt:innen arbeiten in Anstellung, die MVZs sind häufig durch Investor:innen getragen oder von Private-Equity-Unternehmen. Dies bietet Ärzt:innen auch Vorteile: Feste Arbeitszeiten, Vertretung im Krankheitsfall, flexiblere Arbeitszeiten, viel Zeit am Menschen (da Personalführungs- und Verwaltungsaufgaben beim Inhabenden liegen) -deswegen erfreuen sich MVZs großer Beliebtheit. Von 2014 bis 2023 hat die Anzahl der MVZs um 136% zugenommen.[1](#)

Eine kritikwürdige Entwicklung. Denn es droht eine ähnliche Entwicklung wie bei der Privatisierung der Krankenhäuser: Gewinn statt Menschlichkeit stehen im Mittelpunkt. In einer selbstständig geführten Praxis treffen Ärzt:innen in engen Kontakt mit den Patient:innen medizinische Entscheidungen - auch diese Entscheidungen unterliegen Wirtschaftlichkeitskriterien - allerdings muss die Entscheidung direkt vor dem/der Patient:in begründet werden. Bei MVZs wird diese direkte Beziehung aufgehoben: Ein gewinnorientierter

Inhabender beurteilt den Erfolg anhand wirtschaftlicher Kriterien, ohne Bezug zum Menschen.

Eine Möglichkeit die Arbeitsbedingungen der Behandler:innen zu verbessern und gleichzeitig den Kommerz im Gesundheitswesen zu reduzieren, sind MVZs in kommunaler Trägerschaft. Doch die Anzahl an MVZs in kommunaler Trägerschaft ist gering². Dabei bieten kommunale MVZs alle Vorteile für Behandler:innen und dass, ohne Profitmaximierung. Außerdem können Kommunen durch das Betreiben von MVZs ihre Kommune attraktiv für Ärzt:innen machen und so Fachkräfte anwerben und binden. Dazu braucht es eine direkte Unterstützung und Aufklärung der Kommunen, sowie eine Förderung kommunaler MVZs auf Landesebene.

Um Fehlentwicklungen durch die Zunahmen von MVZ frühzeitig zu erkennen und diesen entgegenzuwirken, sollte mehr Transparenz hergestellt werden. Dabei gibt es die Möglichkeit des Monitorings des Abrechnungsverhaltens, was bereits in einer Studie durchgeführt wurde und als gut umsetzbar bewertet wurde.³ Auch ist eine gute Gesundheitsversorgung von besonderem öffentlichen Interesse. Fachpersonal und Patient:innen haben ein besonderes Interesse daran zu

1 <https://www.aok.de/pp/gg/daten-und-analysen/medizinische-versorgungszentren/>

2 <https://www.stmgp.bayern.de/wp-content/uploads/2024/04/gutachten-zu-kommunen-als-traeger-medicinischer-versorgungsz.pdf>

3 <https://www.alm-ev.de/wp-content/uploads/2024/03/240311-MVZ-Studie-final.pdf>

wissen, wer Gewinne aus dem Gesundheitssystem erwirtschaftet und davon profitiert. Deswegen sollten Daten über Eigentumsstrukturen von MVZs offengelegt werden müssen - Menschen sollten wissen, wer hinter den MVZs steht und von dem System profitiert.